

**Antrag
des Landes Niedersachsen**

**Entschließung des Bundesrates für ein Maßnahmenpaket zur
Bekämpfung von BSE und zur Wiederherstellung des
Verbrauchervertrauens**

Punkt 18 e) bis 18 h) der 759. Sitzung des Bundesrates am 16. Februar 2001

Der Bundesrat möge beschließen:

Die Entschließung des Bundesrates in der Fassung des Entschlieungsvorschlags der
Bundesratsausschsse (A, EU, Fz, und G)

BR-Drs. 85/01

wird wie folgt ergänzt.

1. Nach Ziffer 48 wird folgender Text als neue Ziffer eingefügt:

„... . Das nationale Verbot für Nahrungsergänzungsmittel wie z.B. Kreatin-, Protein-
oder L-Carnitin-Produkte für Sportler sollte durchgesetzt und nicht durch Aus-
nahmeverfgungen nach § 47a LMBG durch die zuständigen Bundesministe-
rien erlaubt werden. Dies dient weder dem Verbraucherschutz noch ist dies den
deutschen Unternehmen verständlich zu machen, die sich an das Verbot hal-
ten.“

Begründung (nur fürs Plenum):

Zum Verbot für Nahrungsergänzungsmittel mit Proteinbestandteilen aus Schlachtnebenpro-
dukten von Rindern:

Seitdem geeignete Verfahren zur Verfügung stehen, geschlachtete Rinder auf BSE-Prionen zu
untersuchen, sind in Deutschland und anderen Staaten der Europäischen Union, die bislang als
BSE-frei galten, einzelne BSE-Flle festgestellt worden. Diese Untersuchungsergebnisse ge-
ben zu der Befürchtung Anlass, dass Infektionen mit BSE-Prionen auch in den Rinderbestn-
den der Staaten, in denen bisher keine regelmäßigen BSE-Untersuchungen durchgeführt wer-
den, vorliegen können. Die Verarbeitung der Schlachtnebenprodukte nicht untersuchter Rinder
zu Proteinhydrolysaten und die Gewinnung von Kreatin und L-Carnitin stellt deshalb ein nicht zu
vernachlässigendes Risiko dar, mit BSE-Prionen in Kontakt zu kommen.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht zu verantworten, dass derartige Bestandteile in Lebens-
mitteln enthalten sein dürfen. Besonders häufig werden Proteinhydrolysate einschließlich Krea-

tin und L-Carnitin Nahrungsergänzungsmitteln für Sportler zugesetzt. Handelt es sich bei diesen Nahrungsergänzungsmitteln um Erzeugnisse, die erst aufgrund einer Allgemeinverfügung des früheren Bundesministeriums für Gesundheit verkehrsfähig sind, ist der Staat für das von den Produkten ausgehende Risiko direkt verantwortlich zu machen. Zur Minimierung dieses Risikos ist es deshalb dringend geboten, alle entsprechenden Allgemeinverfügungen zu überprüfen und die Herstellung und das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die Bestandteile aus Schlachtnebenprodukten nicht untersuchter Rinder enthalten, zu verbieten.